

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten  
betreffend  
die Beendigung der wirtschaftsfeindlichen Klima- und Energiepolitik in Europa**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung und insbesondere Wirtschaftsminister Mitterlehner zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Oberösterreich beim Bemühen um eine Beendigung der wirtschaftsfeindlichen Klima- und Energiepolitik in Europa mit allen Kräften zu unterstützen.

### **Begründung**

Die heimische Wirtschaft beklagt seit geraumer Zeit die stark steigenden Energiekosten und die wirtschaftsfeindlichen Klimaziele. Während die Unternehmen seit Jahren an den Folgen und Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise leiden, werden sie durch die steigende Übernormierung und Bürokratisierung durch die Europäische Union und den Bund noch zusätzlich belastet.

Eine verfehlte Standort-, Klima- und Energiepolitik sorgt dafür, dass die heimische Wirtschaft immer höhere Kosten zu tragen hat und die energieintensive Wirtschaft mittlerweile laut über den Abzug der Produktion aus Europa nachdenkt. Die Diskussion über notwendige, kostspielige Reinvestitionen am VOEST-Standort Linz und deren Sinnhaftigkeit auf Grund der feindlichen Standortbedingungen offenbaren die Gefahren für Oberösterreich.

Wirtschaftsminister Mitterlehner wies unlängst darauf hin, dass Europa nur für zehn Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub> Ausstoßes verantwortlich ist, während China und die USA 40 Prozent zu verantworten haben. Trotz der strikten europäischen Vorreiterrolle beim Klimaschutz stieg der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß seit 1990 um 50 Prozent. Eine Fortführung der bisherigen Politik wird dazu beitragen, dass weitere Unternehmen ihre Produktion aus Europa und Österreich abziehen.

Da Europas Wirtschaft derzeit stagniert und sogar in eine bedrohliche Rezession zu schlittern droht, muss die Oö. Landesregierung die Bundesregierung und insbesondere Wirtschaftsminister Mitterlehner beim Bemühen um eine Umkehr der verfehlten europäischen Klima- und Energiepolitik unterstützen.

Linz, am 3. November 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Klinger, Schießl, Mahr, Povysil, Lackner, Wall, Nerat**